

Deutschfreiherrliche Partei- organisation.

Vom Reichsrats-Abgeordneten Emil Kraft.

Die Sprengung des Deutschen Nationalverbandes ist eigentlich von außen her erfolgt. Nach der Schwänkung des Grafen Lam-Martinic in der Ostroifrage, besonders aber nach dem Amnestie-Erlaß wurden die Wähler der deutschfreiherrlichen Abgeordneten auf das äußerste erregt. Man konnte es den Abgeordneten nicht verzeihen, daß sie in dieser Zeit, wo das deutsche Volk so außerordentlich viele Opfer an Blut und Vermögen dem Reiche bargebracht hat — von einer Enttäuschung in die andere gebracht — sich zu keiner entscheidenden Stellungnahme gegenüber der Regierung aufraffen konnten. Dieser teilweise bis zur Erbitterung gesteigerte Unwille ist in den verschiedenen Wahlbezirken natürlich verschieden aufgetreten, am stärksten war dessen Aufkommen in den Sudetenländern und wirkte naturgemäß auch am meisten auf die Parteien dieser Gegenden zurück. Die Folge davon war, daß sich die alten, ich möchte sagen historischen Parteirichtungen wieder stark betätigten und im Nationalverband zu höherer Geltung zu kommen suchten. Der Antrag der Deutschradikalen an den Nationalverband, die Obmännerstelle aufzugeben und die Referenten zu veranlassen, ihre Referate zurückzulegen, wurde als nicht zweckmäßig und nicht zeitgemäß befunden, nachdem man sich kurz vorher im Innern des Verbandes schon darüber geeinigt hatte, dem Ministerium Seidler das Budget zu bewilligen. Nach dem Austritt der Deutschradikalen waren im Verbande nur mehr die Arbeitsgemeinschaft, die Agrarier und die deutsche Arbeiterpartei verblieben, und es hätte vielleicht nur einer Statutenänderung bedurft, um ein neues taktisches Gebilde entstehen zu lassen. Demgegenüber verhielten sich jedoch die Agrarier ablehnend, da sie offenbar fürchteten, dadurch in eine schiefe Situation zu einer oder zu der anderen Parteigruppe zu geraten. Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft stellte den Nationalverband im Kleinen dar. Es waren in ihm drei ziemlich streng geschiedene Gruppen vertreten. Die eine stellten die nationalen Abgeordneten der Alpenländer dar, die zweite die Liberalen der Sudetenländer und die dritte war die sogenannte Panz-Gruppe, welche politisch eine Stellung zwischen den Agrariern und den Deutschnationalen der Alpenländer einnahm. Die Deutschösterreichische Vereinigung, welche sich nie aufgelöst hatte, sondern sozusagen im Ruhezustande verharrte, fühlte sich veranlaßt, ihre parteimäßige und politische Stellung stark zu betonen und sich als deutschnationale Partei zu konstituieren. Es wird nunmehr diese deutschnationale Partei demnächst ihre Richtlinien ausarbeiten und auf deren Grundlagen die politisch verwandten Abgeordneten einladen, dieser Partei beizutreten.

Tatsächlich erfolgt nun der Prozeß eines weitgehenden Zerfalls der deutschfreiherrlichen Parteien, welche sich in ihre Grundelemente auflösen und sich nach den Gesichtspunkten der nationalen und der Wirtschaftspolitik neu formieren. Außer den bestehenden Parteigruppen sieht man aber schon die Zukunftskerne einer neuen Entwicklung, die vorläufig allerdings noch keinen fruchtbaren Boden gefunden hat. Es ist dies vorzugsweise die vom Abgeordneten Lodgeman vertretene Richtung der Autonomisten, wenn dieser Ausdruck hier erlaubt ist, welche die Kronlandsgrenzen beseitigen und ohne Rücksicht auf die derzeitige Zusammensetzung und

Organisation der österreichischen Monarchie von Grund aus neue Verwaltungseinheiten schaffen wollen und die Politik der Deutschen auf vollständig andere Grundlagen, als dies bisher der Fall war, zu stellen beabsichtigen. Gegenwärtig stehen dieser Richtung insbesondere von Seiten der deutschen Bevölkerung Südbösterreichs die größten Schwierigkeiten und Hindernisse entgegen, da bei den besonders von Lodgeman vertretenen Grundsätzen die Bevölkerung der von Slaven und Italienern bedrohten Gebiete fürchtet, in ihrem Besitzstand geschwächt zu werden oder ihren derzeitigen Einfluß zu verlieren. Dies ist insbesondere in Kärnten, Tirol und Steiermark der Fall.

Die Neubildung eines taktischen Verbandes wird jedenfalls in kürzerer Zeit zustande kommen, da er eine ausgesprochene Notwendigkeit darstellt. Es werden gemeinsame Beratungen und Beschlüßfassungen über allgemeine, wirtschaftliche und politische Angelegenheiten nötig sein. Vermieden wird aber jedenfalls die Abhaltung von Volksversammlungen und höchstwahrscheinlich auch ein gemeinsamer Name, als welcher schon „Deutscher Verband“ oder „Deutscher Volksverband“ vorgeschlagen wurden. Sowohl durch den gemeinsamen Namen als auch durch die gemeinsamen Sitzungen würde nach außen hin die Verantwortung der einzelnen Parteien und Gruppen vermischt werden, anderseits stellen die Volksversammlungen auch falsche Resultate dar, da die Bescheidung derselben stets eine zufällige ist. Es ist sicher zu erwarten, daß trotz dieses Auseinanderfallens der deutschen Partei eine bessere und gesündere Gestaltung der deutschen Parteiverhältnisse im Abgeordnetenaufe sich ergeben wird.